

A 4

Antragssteller: Jusos Groß-Gerau

Weiterleitung an: Alle Bürgermeister in Hessen, Juso-Landeskonferenz

NPD nicht willkommen heißen!

Die Juso-Bezirkskonferenz 2008 möge beschließen:

Wir fordern alle Bürgermeister in Hessen dazu auf, dass von der NPD gestellte Anträge für Versammlungen, Demonstrationen und anderen Aktivitäten [ggf. unter Hinzuziehung „kreativer“ Ablehnungsgründe] nicht genehmigt werden.

Gleichzeitig sind die Bürgermeister dazu aufgerufen auf breiter Front Gegeninitiativen und antifaschistische Bildungsmaßnahmen zu organisieren und Gegendemonstrationen stattdessen am selben Ort anzumelden.

Begründung:

Die NPD versuchte im vergangenen Landtagswahlkampf im Rahmen ihrer Hessenrundfahrt zahlreiche Infostände durchzuführen. Dabei meldete sie diese in den Kommunen an. Die Städte und Gemeinden sind dazu verpflichtet diese Anträge zu bescheiden. Eine Ablehnung ist dabei meist aufgrund des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit rechtswidrig.

Trotz dieses Umstands sehen wir es als notwendig an, dass in Form einer versagten Genehmigung, gegenüber den Rechtsextremen deutlich gemacht wird, dass sie nicht willkommen sind. Unsere Städte und Gemeinden mit Vertretern aus unzähligen Nationen stehen für Weltoffenheit, Toleranz und Freiheit, hier haben NPD und andere rechte Parteien ganz klar nichts zu suchen!

Neben der Ablehnung der gestellten Anträge, was meist nur eine Symbolwirkung besitzt, sind auch tatsächlich wirksame Gegenmaßnahmen gegen solche Aktivitäten zu treffen. Hierbei ist an Gegendemonstrationen, Mahnwachen und andere kreative Formen eines Protestes zu denken. Im Mittelpunkt sollte dabei eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem rassistischen, faschistischen und nationalistischen Gedankengut stehen.